Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus monatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 30 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg., Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 72 — **Mittwoch, den 25. März 1931.** — **86. Jahrgang**

Tagesschau.

* Ein Antrag auf Auflösung des Sächsischen Landtags wurde in der Sitzung am Dienstag mit 60 gegen 29 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Der Reichstag begann am Dienstag die 3. Beratung des Reichshaushaltes für 1931. Hierzu ist ein Ermächtigungsantrag eingegangen, der die bestehende Regierung Brüning ermächtigt, Ausgaben bis zur Gesamthöhe der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen abzusetzen. Die Haushalte des Auswärtigen Amtes, des Innenministeriums, des Arbeitsministeriums und des Verkehrsministeriums wurden bewilligt. Dann folgte die 2. Beratung des Osthilfegesetzes.

Die Sozialdemokraten haben dem Wunsche Dr. Brünings nachgegeben und sich damit einverstanden erklärt, daß der Reichstag bis Mitte Oktober vertagt wird.

Der Organisationsausschuß für die Europaunion ist Dienstag vormittag in Paris unter dem Vorsitz des französischen Außenministers zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Der Schlußgalopp.

Der Reichstag naht sich seinem Ende. Am Freitag soll die Sitzungsperiode abgeschlossen sein. Die Reichsregierung hat also zumindest äußerlich ihr zu Anfang des Jahres gestecktes Ziel erreicht. Der Reichstag geht Ende März in die Ferien und wird so bald nicht wieder zusammentreten. Als besondere Leistung ist es anzusprechen, daß der Reichshaushalt tatsächlich vor dem 1. April endgültig verabschiedet ist. Die straffe Zügelführung hat also ihre Wirkung gehabt.

Wie weit das auch einen sachlichen Erfolg darstellt und wirkliche sachliche Möglichkeiten für die weitere Zukunft bietet, bleibt erst noch abzuwarten. Es handelt sich dabei nicht nur um die Auseinandersetzungen mit der Rechtsopposition, die nach ihrer bisherigen parlamentarischen Enthaltung mit Hilfe nur weniger anderer Abgeordneter jetzt den Spieß umdrehen und den Zusammentritt des Reichstages durchsetzen könnte. Noch wichtiger ist die Feststellung, daß bei dem Schlußgalopp manche Fragen denn doch nicht mit der nötigen Sachlichkeit zu Ende geführt werden. Schließlich kann die Reichsregierung auch bei dem Fehlen einer ständigen Parlamentskontrolle bis zum Herbst doch lediglich die geltenden, das heißt, die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ausführen. Es mag bei manchen Stücken die Möglichkeit einer mehr oder weniger weitherzigen Auslegung geben. Aber es sind doch durch den ausdrücklichen Wortlaut der Gesetze Grenzen gesteckt, die nicht überschritten werden können, wenn nicht offen die Diktatur und die wenigstens vorübergehende Ausschaltung der Reichsverfassung erklärt werden soll. Man kann es sich aber kaum vorstellen, daß die Reichsregierung, die im stärksten Unfrieden mit der Rechtsopposition lebt und parlamentarisch doch auf die Sozialdemokratie angewiesen bleibt, einen derartigen Schritt für geeignet hält, um sachliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Von seiten der Reichsregierung und der Regierungsparteien war daher zunächst der Weg beschritten worden, nahezu unbeschränkte Ermächtigungen zu fordern. Das ist bei der Sparermächtigung denn auch gelungen, hier sogar mit der ausdrücklichen Beschränkung auf die gegenwärtige Regierung. Erheblich anders sind die Dinge bei dem zoll- und handelspolitischen Ermächtigungsgesetz gelaufen, obwohl gerade hier eine besondere sachliche Notwendigkeit zu schnellen Entschlüssen und zur Innehaltung eines einmal eingeschlagenen Kurses vorhanden ist. Die jetzt vorgenommene Verquickung mit dem Lebenshaltungsindex und dem Brotpreis wird diesen Erfordernissen nicht gerecht. Ebensowenig ist einzusehen, warum die Zollermächtigung auf landwirtschaftliche Erzeugnisse beschränkt bleiben soll, warum der Reichsrat als Verzögerungsinstanz erst mitwirken soll und warum allein der Reichstag die Möglichkeit zur Aufhebung haben soll. Ein besonders trübes Kapitel ist aber die Osthilfe, die nun allein dadurch schon hoffnungslos ihren politischen Stempel bekommen hat, daß man bei der Vertretung der Landwirtschaft in der Bank für Industrieobligationen auf die neutralen Berufsvertretungen verzichtet und dafür der an sich bedeutungslosen und im Osten überhaupt nicht vertretenen Deutschen Bauernschaft die gleiche Zahl von Sitzen wie dem Bauernverein und dem Landbund eingeräumt hat. Wenn so aus parteipolitischen Gründen eine Splitterorganisation in den Vordergrund geschoben wird, darf man sich nicht mehr darüber beklagen, daß man weithin an den ernsthaften Zweck der Osthilfe nicht mehr glaubt.

Die umstrittene Osthilfe.

Dritte Lesung des Reichshaushalts.

Berlin, 24. März. Der Reichstag beeilt sich, in schnellem Arbeitstempo seine letzten Aufgaben von der Vertagung zu erledigen. Zunächst ist am Dienstag die dritte Lesung des Reichshaushaltplans herangekommen. Da sich auch Reichsfinanzminister Dr. Dietrich den Kompromißantrag zur Sparermächtigung bei ausschließlicher Beschränkung auf das Kabinett Brüning zueigen macht, stehen der allgemeinen Erledigung des Haushalts keine Hindernisse mehr im Wege.

Bei der Beratung der einzelnen Haushalte leistet es sich der Sozialdemokrat **Dr. Breitscheid**, beim Auswärtigen Etat eine Erklärung abzugeben, in der er bei grundsätzlicher Anerkennung der deutsch-österreichischen Zollunion wenig angebrachte Kritik an einer angeblichen Geheimdiplomatie übt, durch die das Abkommen schlecht vorbereitet sei. Man darf es nunmehr als feststehend betrachten, daß Breitscheid auch der Urheber der entsprechenden törichten Angriffe in den linksradikalen Montagsblättern gewesen ist und damit den Franzosen ein billiges Stichwort geliefert hat. — Ohne lange Erörterungen werden die Haushalte des Reichsinnenministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswehrministeriums und des Reichsverkehrsministeriums erledigt, ebenso in zweiter Lesung der Gesetzentwurf gegen Waffenmißbrauch und der Schiffssicherheitsvertrag von 1929. Eine längere Aussprache entspinnt sich dann um den Schenkervertrag der Reichsbahn, an dem besonders **Mollath** (WP.) unter gleichzeitigen Angriffen auf widersprechende Erklärungen des Reichsverkehrsministers Kritik übt. Reichsverkehrsminister **von Guérard** wiederholt noch einmal seine bekannte Auffassung und billigt den auf Aufhebung des Schenkervertrages gerichteten Antrag der Wirtschaftspartei.

Unter Zurückstellung der Abstimmungen erfolgt dann die zweite Beratung der Osthilfegesetze, die Reichsminister **Treviranus** mit einer Rede einleitet, in der er von der angeblichen Unmöglichkeit genereller Maßnahmen und von dem Zwang zur Verbindung mit dem Reichshaushalt spricht. Die von ihm in den Vordergrund geschobene Einschaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung kann er freilich nicht überzeugend dartun. In der weiteren Aussprache sind die Redner aller Parteien sich darüber einig, daß für den Osten eine wirksame Hilfe geleistet werden müsse. In den Einzelheiten gehen die Meinungen aber immer noch auseinander. Dazu benutzen eigentlich alle Redner die Gelegenheit, ihre politischen Gegner beim deutschen Osten anzuschwärzen. So ist es etwa mit der Behauptung des Zentrumsabgeordneten **Warnke**, daß eine widerliche Hetze gegen das Osthilfegesetz getrieben würde und daß nur die Rechtsopposition daran schuld sei, daß die Osthilfe nicht schon 1930 verabschiedet werden konnte. Ueber dieser Polemik kommt die sachliche Behandlung der Einzelheiten, insbesondere die Erörterung der in den Ausschüssen auf Kosten der Landwirtschaft vorgenommenen parteipolitischen Aenderungen zu kurz. Inzwischen bemüht sich ja auch der Handelspolitische Ausschuß um eine Verwässerung des Zollermächtigungsgesetzes.

Um 19,15 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außer den heute zurückgestellten Abstimmungen die zweite Beratung des Gesetzes über Zolländerungen.

Die Klärung der parlamentarischen Lage — Vereinigung auch der beiden Restpunkte.

Berlin, 24. März. (Eig. Meldg.) Im Reichstag ist man heute abend der Auffassung, daß nunmehr alle Streitpunkte, die der glatten Abwickelung der parlamentarischen Arbeiten noch im Wege standen, bereinigt sind. Nachdem die vielbesprochenen Steueranträge bereits erledigt waren, ist es heute gelungen, auch in den beiden noch ausstehenden Restfragen — die Zollermächtigung und die Reichstagsvertagung — zu einer Klärung zu gelangen. In den späten Nachmittagsstunden schien es, als ob die Zollermächtigung doch noch erhebliche Schwierigkeiten machen würde. In agrarischen Kreisen, namentlich bei der Landvolkpartei und auf dem rechten Flügel des Zentrums, ist man von dem Ergebnis der Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses zwar nicht ganz befriedigt, wie ja schon aus der Abstimmungsvertagung hervorgeht. Es handelt sich aber nur um einen Ausschußbeschluß, der im Plenum in seinen Einzelheiten durchaus noch abgeändert werden kann. **In unterrichteten Kreisen vermutet man denn auch, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung entsprechende Bemühungen einsetzen werden, um den Wünschen der agrarischen Abgeordneten noch entgegenzukommen.** Trotzdem läßt sich jedoch schon jetzt feststellen, daß die planmäßige Beendigung der parlamentarischen Arbeiten an dieser Frage nicht mehr scheitern wird.

In der Frage der Vertagung des Reichstages haben die Sozialdemokraten dem Wunsche des Reichskanzlers insofern nachgegeben, als sie damit einverstanden sind, daß für den Wiederzusammentritt ein Tag etwa in der zweiten Hälfte des Oktober festgelegt wird. Es besteht aber die Möglichkeit, daß eine Mehrheit bei einem außerordentlichen Anlaß eine frühere Einberufung des Reichstages herbeiführt. Ein Drittel des Reichstages ist inzwischen allerdings nicht in der Lage, den Zusammentritt herbeizuführen. Es kann aber immer sein, daß drei Mitglieder des Aeltestenrats die Einberufung dieses Ausschusses beantragen. Der Präsident hätte dann festzustellen, und zwar unter Berücksichtigung der jetzt vom Reichstage abwesenden Fraktionen, ob sich eine Mehrheit für eine frühere Einberufung ergibt. Sollte sich dann zeigen, daß ein wesentlicher Teil der Mehrheit, die jetzt die Vertagung bis zum Herbst ausgesprochen hat, anderer Meinung geworden ist, so würde er den Reichstag zu einer Zwischentagung einberufen. In Kreisen der Deutschen Volkspartei hatte man gewünscht, daß die Ermächtigung nicht dem Präsidenten, sondern dem Präsidium übertragen würde. Das hat Präsident Löbe in einer Sitzung, die heute vormittag beim Reichskanzler stattfand, abgelehnt, zumal bei einem solchen Verfahren vermutlich doch Stimmengleichheit herauskommen und er dann den Ausschlag zu geben haben würde. Unter diesen Umständen wird es also dabei bleiben, daß der Reichstag sich auf einen bestimmten Termin im Oktober vertagt und das Weitere der Entwickelung überlassen wird. Nachdem diese Fragen nun soweit geklärt sind, rechnet man in parlamentarischen Kreisen jetzt bestimmt damit, daß der Reichstag bis zum Freitag abend seine Aufgaben erledigt hat und auseinandergehen kann.

Landvolk gegen Zollermächtigungsgesetz.

Berlin, 24. März. Die Fraktion des Landvolks beschäftigte sich am Dienstagabend in einer Sitzung, der auch Ernährungsminister Schiele und der volkskonservative Abg. Graf Westarp beiwohnten, mit dem Zollermächtigungsgesetz. Die Fraktion sprach sich für die Ablehnung dieses Gesetzes aus, vor allem wegen des Artikels III, der als höchst bedenklich für die Interessen der Landwirtschaft bezeichnet wurde. In der Aussprache wurde betont, die Fraktion müsse auch ihre Stellungnahme zum Etat davon abhängig machen, ob es dem Reichskanzler gelinge, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die sozialdemokratischen Forderungen in der Ermächtigungsvorlage nicht verwirklicht werden.

Maßnahmen gegen Brotpreiserhöhung.

Berlin, 25. März. (Eig. Meldg.) Zwischen dem Reichsernährungsminister und den Regierungsparteien haben in den letzten Tagen eingehende Verhandlungen darüber stattgefunden, wie verhindert werden könne, daß durch die Zollerhöhungen die Verbraucher geschädigt würden. Auch die Sozialdemokraten haben sich an diesen Auseinandersetzungen sehr lebhaft beteiligt. Zu einer Einigung ist es aber bisher nicht gekommen. Mittlerweile sind schon in verschiedenen Großstädten Brotpreiserhöhungen eingetreten. So haben u. a. mehrere Berliner Brotfabriken den Brotpreis heraufgesetzt. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bäcker und dem Reichsernährungsminister liefen ja bekanntlich darauf hinaus, Brotpreiserhöhungen unter allen Umständen zu vermeiden. Jetzt werden aber die Bäcker wohl kaum mehr zurückzuhalten sein, nachdem die Brotfabriken die Preise erhöht haben. Außerdem wollen sich die Bäcker in einer großen Kundgebung an die Berliner Bevölkerung wenden, um sie über die Notwendigkeit der Brotpreiserhöhung aufzuklären. Der Reichsernährungsminister versuchte am Dienstag noch einmal, die Bäcker von einer allgemeinen Brotpreiserhöhung abzuhalten. Sehr bemerkenswert ist, daß die Bäcker die Aufhebung des Verbots, den Roggen nur bis zu 60% auszumahlen, von der Regierung fordern, so daß in Zukunft der Roggen wieder bis zu 70% ausgemahlen werden soll. Auf diese Weise kann der Mehlpreis um 2 Mark pro Doppelzentner gesenkt werden. Die Bäcker verlangen von der Regierung ferner, daß die staatlichen Getreideunternehmungen, so die Getreideindustrie A.-G., von ihren großen Getreidevorräten Abgaben vornimmt, wodurch die Mehlpreise auch gesenkt werden könnten. Nur wenn der Reichsernährungsminister so weit ist, die Forderungen der Bäcker anzunehmen, wollen sie den bisherigen Brotpreis aufrechterhalten.